

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 11

Rubrik: Nachrichten aus Bern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ben sich sogar Mehr-einnahmen von 360 Millionen. Da jedoch die Herabsetzung von Bundesleistungen nur für die 1981, 1982 und 1983 zu leistenden Zahlungen und die in diesen Jahren einzugehenden einzelnen Verpflichtungen gilt, kann für 1984 und 1985 zwar noch mit einem ausgeglichenen Haushalt gerechnet werden. Für die späteren Jahre ist das, abgesehen von ohnehin bestehenden Un gewissheiten, die jede fernere Zukunft verdunkeln, schon deshalb fraglich, weil die Auf hebung der Kantonsanteile am Reinertrag der Stempelabgaben und an den Reineinnahmen der Alkoholverwaltung bis 1985 befristet ist.

SP Schweiz

Tabelle 7

Sanierung des Bundeshaushaltes 1981–1983

	1981 in Millionen Franken	1982	1983
Defizite gemäss Finanzplan vom 16. 1. 1980 (Überarbeitete Planungszahlen ohne Verfassungs- und Gesetzänderungen)	-1880	-1970	-2030
Sparmassnahmen 1980	+ 650	+ 800	+ 810
Verbleibende Defizite	-1230	-1170	-1220
Angestrebte Mehreinnahmen	+ 60	+ 430	+ 1380
Angestrebte Verbesserung durch die Aufgabeneuverteilung zwischen Bund und Kanton	-	-	+ 200
Defizite/Überschüsse nach Sanierungsmassnahmen	-1170	- 740	+ 360

Nachrichten aus Bern

Die Geschäftsleitung der SPS hat an ihrer Sitzung vom 24. September 1980 bei der Finanzkommission der SP Schweiz die Ausarbeitung einer «Finanzbeschaffungsinitiative» in Auftrag gegeben. In den eidgenössischen Räten zeichnet sich zunehmend ab, dass die Bürgerlichen ihren finanzpolitischen Kurs im Sinne der Finanzplanung des Bundesrates wechseln wollen. Sie unterstützen das Sparpaket, das von uns als Vorgabe für die Einnahmenbeschaffung nicht bekämpft wurde. Jetzt wo es um die Schwerverkehrs- und die Bankenbesteuerung geht, blocken die Bürgerlichen ab. Sie wollen zwar die Weiterführung der Finanzordnung aber die Mehr-

einnahmen schieben sie mit Kommissionstricks in den Räten auf die lange Bank. Und bei der Weiterführung der Bundesfinanzordnung wird es noch harte Kämpfe um deren soziale Ausgestaltung geben. Die Geschäftsleitung erteilte der Finanzkommission den Auftrag so: «Vorschläge für eine Finanzbeschaffungsinitiative sollten im Sinne der Diskussion möglichst alle Wege einbeziehen.» Die Initiative soll mit dem schweizerischen Gewerkschaftsbund abgesprochen werden.

●

FDP-Nationalrat Rudolf Friedrich hat im freisinnigen Pressedienst so getan, als ob die Stellungnahme der SP Schweiz zur Gewalt als Mittel

der Politik völlig unklar wäre. Er hat verstehen lassen, dass Präsident Hubacher zu jenen gehöre, die «die Entwicklung vor allem mittels Strassenaktionen militanter Minderheiten voranbringen» möchte. In der Stellungnahme der Geschäftsleitung der SP Schweiz, die vom Parteipräsidenten und anderen Parteimitgliedern in öffentlichen Reden, Interviews und Zeitungsartikeln xmal wiederholt worden ist, heisst es deutlich: «Die SP Schweiz verurteilt kategorisch Ausschreitungen von Seiten der Demonstranten, wie sie vor allem in Zürich vorgekommen sind.» Friedrich gibt sich gerne als konservativer Gentleman von britischem Zuschnitt. Indessen: er hat sich als nicht ernst zu nehmender Lügner im Lager des Freisinns entlarvt.

●

Der Parteivorstand hat am 31. Oktober und 1. November

1980 eine Klausursitzung durchgeführt und dabei das weitere Vorgehen bei der Programmrevision durchgesprochen. Er hatte auch erstmals Gelegenheit zum Programm-entwurf der vor drei Jahren eingesetzten Arbeitsgruppe Stellung zu nehmen. Dem Entwurf stand eine Stellungnahme und Materialien der Geschäftsleitung gegenüber. Die Geschäftsleitung stellt fest, dass die Programmgruppe ihren Auftrag erfüllt hat und ein Modell für den am Parteitag von Montreux verabschiedeten programmati-schen Auftrag des «Bruchs mit dem Kapitalismus» erfolgreich zustandegebracht hat. Aber der Entwurf ist nach Meinung der Geschäftsleitung noch kein Programm, das in breiten Kreisen der Bevölkerung und unserer heutigen Mitglieder- und Wählerschaft verstanden wird.



Die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung hat in der Herbstsession einen neuen Präsidenten gewählt: Nationalrat René Felber, früher Stadtpräsident von Le Locle, bisher Vizepräsident der Fraktion. Er löst Nationalrat Heinz Bratschi, Bern, der nach zweijähriger Amtszeit zurückgetreten ist, an der Fraktionsspitze ab. Als neuer Vizepräsident wurde der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Gruppe im Ständerat, Genosse Walter Weber, Solothurn, gewählt. Damit ist die nach den Wahlen 1979 erheblich verstärkte ständerätliche Gruppe auch entsprechend in der Fraktionsleitung vertreten.

Genossinnen und Genossen, die sich über die Arbeit der Fraktion in den eidgenössischen Räten detailliert informieren wollen, können über ihre Sektion oder Kantonalpartei «Das Parlament» das Organ der Fraktion, bestellen. Es erscheint zwei bis drei Wochen nach den Sessionen, und enthält Berichte zu den wichtigen Sessionsgeschäften sowie jeweils eine vollständige Liste der in den Räten während einer Session gemachten Vorstösse aus der Mitte der Fraktion.



Erstmals seit vielen Jahrzehnten hat die SP-Fraktion der Bundesversammlung in der Herbstsession praktisch einstimmig Stimmenthaltung bei der Behandlung des Rüstungsprogramms 1980 geübt. Warum? Parteipräsident Hubacher erklärte dazu auf der Nationalratstribüne unter anderem: «Unsere Fraktion hat das Rüstungsprogramm nach militär- und finanzpolitischen Kriterien bewertet. Unsere Vorbehalte in Form der Stimmenthaltung – die Mehrheit der Fraktion hat so entschieden – hat eindeutig finanzielle Gründe. Vor einem halben Jahr haben wir hier (im Nationalrat, die Red.) den Finanzplan des Bundesrates diskutiert. Dieser Finanzplan will die Sanierung der Bundesfinanzen, einerseits durch Einsparungen, andererseits durch Mehreinnahmen, praktizieren. Tatsache ist: bisher sind alle Vorlagen des Bundesrates, die Mehreinnahmen vorschlagen, von der bürgerlichen Mehrheit blockiert worden. Die sozial-

Offenbar ist die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik eher geeignet, von einem Volk die Krise abzuwenden, als es US-Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsphilosophie vermag.

John F. Galbraith,
amerikanischer
Nationalökonom

demokratische Fraktion ist nicht bereit – wir sagen ihnen das ganz offen – auch noch Rüstungspolitik auf Pump zu betreiben. Nach den verschiedenen Sparprogrammen und nach dem seit sechs Jahren anhaltenden Personalstop, ist leicht auszurechnen, wohin künftige Sparmassnahmen ziehen würden. Es wird unfehlbar Bereiche der Sozial-, Gesellschafts-, Bildungspolitik, des öffentlichen Verkehrs usw. treffen. Der Abbaudruck wird auf die Substanz unserer staatlichen Aufgabe zielen. Diese Substanz ist bisher als einmalige sozialpolitische Stabilität und als Grundlage für das allgemeine Wohlergehen bezeichnet worden. Wir meinen, hier könnte eine gefährliche Entwicklung beginnen... Wir geben nicht unsere Zustimmung für eine liederliche Finanzpolitik, die nur noch Schulden machen will für mehr Rüstungsausgaben. Unsere Stimmenthaltung ist kein Protest gegen die Armee, sondern ist ein Protest gegen die bürgerliche Finanzpolitik.»